

Land für Frieden – Gründe für den Siedlungsbau

Das Westjordanland war von 1949 – 1967 von Jordanien annektiert und der Gazastreifen im selben Zeitraum von Ägypten besetzt. 1967 kam es zum Sechstagekrieg, in dessen Verlauf Israel diese Gebiete eroberte. Israel hatte kein Interesse daran, diese eroberten Gebiete zu behalten und wollte mit der arabischen Seite in Verhandlungen treten, um im Tausch gegen diese Gebiete Frieden und die Anerkennung Israels zu erhalten.

Ergebnis des Treffens der arabischen Liga in Khartum im August 1967 nach dem Sechstagekrieg:

- Kein Frieden mit Israel
- Keine Anerkennung Israels
- Keine Verhandlungen mit Israel

Die Folge:

Israels regierende sozial-demokratische Arbeiterpartei begann mit dem Siedlungsbau aus militärisch-strategischen Gründen. Nachfolgende israelische Regierungen führten diese Politik weiter.

Auch diese Gründe spielten eine Rolle beim militärisch-strategischen Siedlungsbau:

- Ägyptischer Zermübungskrieg gegen Israel von 1968 bis 1970
- Jordanischer Bürgerkrieg von 1970 – 1971, der auch zu palästinensischen Angriffen auf Israel führte
- Wiederholte Aufrufe der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zum bewaffneten Kampf gegen Israel



Tel Aviv vom Westjordanland aus gesehen, Entfernung: 20 km
Foto: spiritofentebbe

Siedlungen sind kein Hindernis auf dem Weg zum Frieden

1948-1967:

Keine „israelische Besatzung“, **kein israelischer Siedlungsbau** im Westjordanland und im Gazastreifen – dennoch: **kein Frieden**

1979:

Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten → **Israel zieht sich vollständig aus dem Sinai zurück und räumt alle Siedlungen**

1994:

Trotz Siedlungen: **Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien**

1994:

Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) auf Grundlage der Osloer Verträge → **Israel zieht sich aus Teilen des Gazastreifens und des Westjordanlandes zurück**

2000:

Bislang umfassendstes Friedensangebot seitens Israel an die Palästinenser: **Israel war bereit, Siedlungen zu räumen** bzw. einen Gebietsaustausch vorzunehmen → **PA unter Arafat lehnte ab**

2005:

Israel zieht sich vollständig aus dem Gazastreifen zurück, räumt dort alle Siedlungen und vier weitere im Westjordanland. → **Der Gazastreifen wird zur Terrorhochburg unter der Herrschaft der Hamas**

Weiterführende Literatur:

Bücher:

Michael Brenner:

Geschichte des Zionismus (C.H. Beck Wissen)

Yaacov Lozowick:

Israels Existenzkampf (Konkret Literatur Verlag)

Internet:

Israelkompetenzkollektion

<http://israelkompetenzkollektion.wordpress.com/>

Jerusalem Zentrum

www.jer-zentrum.org

Impressum:

Zusammengestellt im Januar 2013 von:

Deutsch-Israelische Gesellschaft Freiburg

www.deutsch-israelische-gesellschaft-freiburg.de



Deutsch-Israelische Gesellschaft Freiburg e.V.

Israelische Siedlungen

Ein Stein des Anstoßes



Sonnenaufgang über der Siedlung Ma'ale Adumim

Foto: privat

Die „israelischen Siedlungen“ sind das Produkt des Sechstagekriegs von 1967.

Als es für Israel deutlich wurde, dass die arabische Seite kein Interesse an Friedensverhandlungen hatte, begann der jüdische Staat unter der Regierung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit der Errichtung von Siedlungen in den eroberten Gebieten.

Geschichtlicher Überblick

Vorgeschichte:

Die **jüdische Präsenz** im heutigen Israel und in den heutigen Palästinensergebieten reicht mehr als 3000 Jahre zurück und fand immer wieder Ausdruck in unterschiedlichen Staatsgebilden bzw. Königreichen. Auch während nicht-jüdischer Herrschaft lebten permanent Juden in diesem Gebiet. **Einen souveränen Staat Palästina gab es zu keiner Zeit.**

19. und 20. Jh.:

- **Verstärkte Einwanderung von Juden aus Russland und Europa** (Gründe: Flucht vor Pogromen, zionistische Bewegung)
- Urbarmachung von legal erworbenem Land, Bau von Siedlungen und Städten (z. B. Tel Aviv, 1909 gegründet)
- Gründung vorstaatlicher demokratischer Institutionen (z. B. Gesundheitswesen, Gewerkschaft, Verkehrsnetz, Elektrizitätswerk)

Britische Mandatszeit (1922-1948):

Der Völkerbund überträgt das Mandat über das Gebiet des heutigen Israel und Jordanien an die Briten **mit der klaren Anweisung, innerhalb des Mandatsgebietes eine Heimstätte für die Juden zu schaffen.** Die Briten trennten 1922 Transjordanien vom Mandatsgebiet Palästina ab.

1947 – UNO-Teilungsplan:

Das verbliebene Mandatsgebiet Palästina soll gemäß UNO in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufgeteilt werden. Jerusalem soll internationalisiert werden. **Die jüdische Seite nimmt den Teilungsplan an und gründet 1948 den jüdischen Staat Israel. Die arabische Seite lehnt den Plan ab.**

1948-1967:

Einen Tag nach seiner Staatsgründung wird Israel von 5 arabischen Armeen angegriffen. Nach dem Waffenstillstand 1949 sieht die Landkarte verändert aus:

- Israel hat sein Kernland etwas vergrößert
- Ägypten hält den Gazastreifen besetzt
- Jordanien hat das Westjordanland annektiert
- Jerusalem ist geteilt in zwei Bereiche unter jordanischer bzw. israelischer Kontrolle

Weder Ägypten noch Jordanien bieten den Palästinensern während dieser Zeit auf den besetzten bzw. annektierten Gebieten einen eigenen Staat an.

Siedlungsbau und Völkerrecht

Völkerrechtliche Einwände gegen die „israelischen Siedlungen“ beziehen sich im Wesentlichen auf zwei Quellen:

- die Haager Konventionen von 1907
- die Vierte Genfer Konvention von 1948

Artikel 46 der Haager Konventionen untersagt einer Besatzungsmacht, Privateigentum zu konfiszieren. Tatsächlich hat Israel privaten Grundbesitz von arabischen Eigentümern requiriert. Doch Requirierung ist nicht das Gleiche wie Konfiszierung, denn bei einer Requirierung wird eine Kompensation bezahlt.

Gegner der Siedlungspolitik führen aus, dass die Siedlungen besonders denjenigen Teil der Vierten Genfer Konvention verletzen, in dem festgelegt wird, dass die Besatzungsmacht nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln darf.

Für Siedlungs**gegner** bedeutet das Wort „umsiedeln“, dass jegliche Umsiedlung von Zivilisten der Besatzungsmacht, freiwillig oder unfreiwillig, verboten ist. Der erste Absatz des Artikels 49 heißt jedoch: „Zwangsumsiedlung von Zivilisten der Besatzungsmacht, freiwillig oder unfreiwillig, ist verboten.“ Zwangsumsiedlung von Bevölkerungsgruppen ist illegal. Doch mit dem freiwilligen Umzug verhält es sich anders.

Darüber hinaus besteht die Frage: **Sind die Palästinensergebiete laut internationalem Recht tatsächlich besetzt?**

Die Vierte Genfer Konvention geht von der Annahme aus, dass ein besetztes Gebiet zuvor einem rechtmäßig anerkannten, staatlichen Souverän gehört hat, dem die Kontrolle entzogen wurde – was jedoch auf die Palästinensergebiete nicht zutrifft. Darüber hinaus besagt die Vierte Genfer Konvention, ein Gebiet gelte dann als besetzt, wenn der Machthabende Staat die Funktion einer Regierung in diesem Gebiet ausübt. Die Oslo-Abkommen legten jedoch den Grundstock für Israels Machttransfer an die Palästinensische Autonomiebehörde. Weitere Abkommen sollten folgen.

Es ist deshalb angemessener, die Palästinensergebiete nicht als besetzte, sondern als **umstrittene Gebiete** zu bezeichnen. Ihr End-Status muss durch Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern geklärt werden.

Eugene Rostow (1913 – 2002), amerikanischer Rechtswissenschaftler und Mitverfasser der UN-Sicherheitsrat-Resolution 242, argumentierte, dass das Westjordanland als einstiger Teil des Osmanischen Reichs als „Territorium ohne Zugehörigkeit“ betrachtet werden solle. Aus dieser Perspektive hätte Israel anstelle des Status eines „kriegführenden Besatzers“ den eines „Anwärters auf das Territorium“.

Jerusalem

„Das israelische Gesetz unterscheidet nicht zwischen Juden, Moslems und Christen oder zwischen dem Ostteil und dem Westteil Jerusalems. Die Forderung nach einem nach Religionen unterscheidenden Baustopp ist weder in den Vereinigten Staaten noch in einem anderen freien Land legal. Ich nehme nicht an, dass irgendeine Regierung einen Abbruch von Bauarbeiten auf der Grundlage von Rasse, Religion oder Geschlechtszugehörigkeit verlangen würde. Dies von Jerusalem zu fordern kommt einem doppelten Standard gleich und ist nicht akzeptabel.“ (Jerusalems Bürgermeister Nir Barkat, 2009)

Jerusalem wird über 600 Mal in der hebräischen Bibel –kein einziges Mal im Koran– erwähnt und ist seit mehr als 3 Jahrtausenden der Grundstein der jüdischen Identität. Selbst während des fast 2000jährigen jüdischen Exils gab es eine jüdische Präsenz in Jerusalem.



Westmauer, Jerusalem
Foto: privat



Die wieder erbaute Hurva-Synagoge, Foto: Jüd. Allg.

Der UNO-Teilungsplan von 1947 schlug die Internationalisierung Jerusalems zunächst für 10 Jahre vor. Dann sollten die Bürger durch ein Referendum über den weiteren Status von Jerusalem abstimmen.

→ Die Umsetzung des Plans wurde durch den arabischen Angriffskrieg 1948 verhindert.

1950 annektierte Israel den westlichen Teil Jerusalems und erklärte ihn zu seiner Hauptstadt mit gleichen Rechten für alle Bürger. Jordanien annektierte den Ostteil, vertrieb die jüdischen Einwohner und zerstörte über 50 Synagogen und jede jüdische Präsenz. Juden wurde der Zugang zur Westmauer („Klagemauer“) untersagt.

1967 eroberte Israel den östlichen Teil Jerusalems.

1980 wurde das „Grundgesetz Jerusalem“ verabschiedet, das besagt:

- Das vereinigte Jerusalem ist die Hauptstadt Israels
- Jerusalem ist Sitz der Regierungsinstitutionen
- Die Heiligen Stätten werden geschützt und sind frei zugänglich
- Entwicklung und Wohlstand der Stadt und all ihrer Bürger sollen gefördert werden

Jerusalem ist keine Siedlung!

Gemäß Oslo-Abkommen von 1993 soll erst bei den Endstatusverhandlungen –die bis heute nicht stattfanden– eine Einigung über den Status von Jerusalem erzielt werden.